

Thesen von Michael Jordi (GB) zur RGM-Stadtpolitik für die Legislatur 2009ff.
z.H. TeilnehmerInnen der Sitzung des RGM-Forums vom 6.12.2008

Ausgangslage:

- Seit Jahren haben wir **viele Statements der Medien für die bürgerliche Wende** („12 Jahre/16 Jahre sind genug“) gehört und gelesen. Dies drückt sich in der Themensetzung, aber auch in der medialen Präsentation bürgerlicher/rotgrüner GemeinderätInnen aus. Diese politische Gewichtung wurde erst nach bürgerlichen Fehlern etwas relativiert.
- **Das RGM-Bashing führt nach aussen zu einem negativen Image für Bern**, auch wenn es gegen innen wenig glaubwürdig zu sein scheint. Dies zeigt das gute Wahlresultat von RGM im Gemeinderat. Trotzdem sind die grossen Errungenschaften von RGM in der Öffentlichkeit wenig präsent. Das negative Image schadet uns bei Kanton, Bund und in der Regionalpolitik.
- **Das nun erreichte Resultat ist umso mehr ein grosser Erfolg für RGM** und ein deutliches Zeichen für politische Präferenzen der Bevölkerung in Bern. Tschäppät wurde trotz luxuriöser Wahlkampagne von Hayoz klar als Stadtpräsident gewählt, die bürgerliche Parteien sind zersplittert wie noch nie. Die polarisierende und aggressive FDP („RGM niedermähen“) wurde abgestraft und hat einen Drittel ihrer Sitze verloren.
- **Aber auch die rotgrüne Seite ist immer stärker zersplittert**, das Wahlsystem begünstigt kleine Parteien mit starkem medialen Profil in der Kür (Tabubrüche, Kratzbürstiges, Angriffe) und Parteien mit „Neuigkeitswert“. Verlässlichkeit und langjährige Kompetenz dagegen werden wenig gewichtet. Auch das Engagement im Pflichtprogramm wird nicht honoriert, obwohl es für das Leben in der Stadt unabdingbar ist.
- **Wichtig für den grossen Erfolg der RGM-Gemeinderatsliste war die gute Zusammenarbeit von SP, GB und GFL**. Dies zeigt der hohe Anteil an unveränderten Listen (drei Mal mehr als vor vier Jahren). Das sehr gute Abschneiden von Daniel Klausner zeigt, dass die inhaltliche Breite von RGM honoriert wird und ein Bedürfnis nach ständiger Erneuerung besteht. RGM darf - bei aller Kontinuität und Qualität - nicht stillstehen, sondern braucht immer wieder neue Köpfe und Bewegung.
- Die neue Konstellation im GR und im SR wird die Politik in der Stadt Bern erschweren und komplizieren. Mit **Nause zieht ein Themensurfer in den GR ein**, der mit dem Kollegialitätsprinzip Mühe haben wird. Es ist zu vermuten, dass er sich mit seiner Direktion zu wenig profilieren kann und rasch nach anderen Möglichkeiten sucht.
- **Noch schwieriger wird es im Parlament**. Hier buhlen immer mehr Fraktionen und Parteien mit harten Statements und eigenwilligen Forderungen um mediale Aufmerksamkeit. Zusätzlich dazu werden die Medien Abweichungen von Parteienhaltungen oder gemeinsam gefundenen Lösungsvorschlägen honorieren, gefragt sind grüne Offroadfans, bürgerliche Atomkraftgegnerinnen, rote Ausländerfeinde. Diese mediale Förderung der „Quersteller“ wird die Lösungssuche im Sinne einer soliden sozialen und ökologischen Politik schwieriger machen.

Was tun:

- RGM hat nach wie vor die Mehrheit in Gemeinderat und knapp auch im Stadtrat und damit eine **hohe Verantwortung für eine innovative Sozial- und Umweltpolitik**, speziell in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten mit Finanzproblemen.

- Damit wir weitere Verbesserungen umsetzen können, muss die Politik **stärker zwischen GR und SR abgestimmt werden als bisher**. Seltsamerweise ist heute die GFL oft die regierungstreueste Partei, SP/Juso und GB/JA dagegen geben sich manchmal sehr regierungskritisch und oppositionell und entsprechen damit nicht ihrer Rolle als Mehrheitsparteien. Kritik soll sein, aber das grundlegende Rollenselbstverständnis bedarf einer Verschiebung.
- Der weitere Ausbau der - verglichen mit anderen Legislativen - in der Stadt Bern relativ breit ausgestalteten Parlamentsrechte gegenüber der Exekutive und Verwaltung erweist sich bei einem stärker parteien-segmentierten Stadtrat für eine soziale Mehrheitspolitik als Element der Instabilität. Das ist kein Plädoyer für deren Abbau, aber ein Warnfinger vor deren weiteren Stärkung (z.B. Revision Geschäftsreglement).
- SP, GB und GFL **müssen sich stärker auf ein finanzierbares Programm mit Schwerpunkten in den Kerngeschäften Sozial- und Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Bildung und Kultur einigen und nicht immer wieder neue und zusätzliche Anträge für Spezialinteressen in den Mittelpunkt stellen**. Zudem sollen die erfolgreichen (kleinen) Schritte stärker gewürdigt werden. Wenn wir pro Jahr 20 neue Krippenplätze finanzieren können, dann ist das ein Erfolg und mehr als andere Gemeinden tun. Leider werden solche kleinen Erfolge oft durch neue, kaum umsetzbare Anschlusswünsche ins Negative gewendet (zu wenig, nicht rasch genug, nicht gut genug...).
- Da wir in den **nächsten Jahren wieder mit Defiziten rechnen müssen, können wir durch diese Anspruchshaltung nur verlieren. Statt über Erfolge wird in der Öffentlichkeit nur über Defizite diskutiert**. RGM muss klar sagen, wo wir Geld investieren wollen und wo nicht. Überall ist nicht möglich. Wer in der Verantwortung ist, muss auswählen und gewichten. Das ist kein Forderungsmaulkorb, denn ohne Forderungen bewegt sich nichts. Aber sie müssen vermehrt auch priorisiert und abgestimmt aufeinander sein.
- **SP, GFL und GB müssen von Anfang an auch den Dialog mit den konstruktiven Kräften bzw. Personen in der Mitte suchen**, vor allem mit den Grünliberalen und der BDP. Nur so haben wir die Chance, Vorurteile abzubauen und die Sachpolitik speziell in sozialen Themen zu fördern. In den nächsten vier Jahren stehen wichtige Entscheidungen und Diskussionen an, bei denen wir die Mitte auf unsere Seite ziehen sollten, z.B. FILAG bezüglich Finanzen und Verhältnis Kanton/Gemeinde, Revision Pensionskassenreglement, hängige Initiativen im Polizeibereich, Grundrechtsschutz in der Sozialhilfe usw..
- **Medial müssen wir viel stärker Missverständnisse**, Falschmeldungen und Vorurteile korrigieren, Bashings kontern und mit LeserInnenbriefen, Kolumnen, Aktionen usw. für positive Präsenz in den Medien kämpfen.
- **Auf struktureller Ebene** sollten die RGM-Foren weitergeführt werden (3-4 Mal pro Jahr, ev. auch einmal im erweiterten Rahmen zu einem Schwerpunktthema). Ergänzend dazu sollte die **Zusammenarbeit zwischen den RGM-GemeinderätInnen und den RGM-Fraktionen** intensiviert werden, z.B. durch einen regelmässigen Austausch in den Stadtratspausen (einmal pro Monat eine Strategiesitzung). **Zudem müsste man die BeraterInnengruppe wieder aktivieren** und neue politisch erfahrene Personen finden, welche unsere Politik kritisch reflektieren.